

## Parteilos im Hintergrund

Zu: „Teile der SPD sind der CDU auf den Leim gegangen“, FR-Region v. 28.1.

Ein sehr sympathisches Interview. Es zeigt den Menschen Peter Feldmann. Die Zukunft wird zeigen, wie man ihn später bewertet. Womöglich redet in zehn Jahren niemand mehr von dem Skandal-Oberbürgermeister, sondern schaut mit Wehmut zurück in diese – teilweise auch seine – Zeit.

Seine Zukunft bleibt vorerst geheim – und das ist gut so. Ich kann mir Feldmann als „Elder Cityman“ (in Anlehnung an Elder Statesman) gut vorstellen, der parteilos im Hintergrund sozial und ehrenamtlich für Frankfurt wirkt. Vielleicht kann er dann eher und auf lange Frist mehr für Frankfurt tun und umsetzen, als es ihm als Oberbürgermeister vergönnt war. Ich bin sicher, wir werden immer mal wieder von ihm hören.

Thomas Fix, Frankfurt

## Die Fahne wird vermisst

Paulskirchenjubiläum: „Die Stadt erklären“, FR-Region vom 28. Januar

Sozusagen zur Einstimmung auf das 175-jährige Paulskirchenjubiläum lud die Bürgermeisterin der Stadt Frankfurt zum 24. Januar 2023 in Ratskeller und Paulskirche ein. Alles war recht gelungen: die Besucherzahl, die Reden und Diskussionen.

Doch es fehlte die schwarz-rot-goldene Fahne. Ist die nicht unauflöslich verbunden mit der Paulskirche und der 1848er Nationalversammlung? Und die suchte man vergebens auf dem Podium. Dort ist bekanntlich dauerhaft die Europa-Fahne aufgestellt. Da die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der Europäischen Union ist, entspricht das der politischen Realität und wird von allen Europäern begrüßt.

Die blaue Fahne mit den goldenen Sternen ersetzt aber nicht die schwarz-rot-goldene Fahne. Die beiden Fahnen gehören zusammen. Sie ergänzen sich. So kann man das bei allen Mitgliedern der Europäischen Union beobachten, zum Beispiel auch hier bei deren diplomatischen Vertretungen.

Dass an der Rückwand der Paulskirche hinter dem sitzenden Publikum auch die Bundesfahne zusammen mit den Fahnen der 16 Bundesländer und der Frankfurter Fahne hängt, ist gut, unstrittig und dokumentiert die gesamtdeutsche Bedeutung der Paulskirche. Es schließt aber nicht die Lücke, die das Fehlen der Bundesfahne auf dem Podium hinterlässt.

Die schwarz-rot-goldene Fahne gehört dauerhaft in die Paulskirche zu allen Veranstaltungen und auch während der öffentlichen Besuchszeiten und erst recht zu allen Feierlichkeiten aus Anlass der 175-jährigen Jubiläums.

Ulrich Keitel, Städtältester, Frankfurt



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Mailen Sie an:**

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/f20230206](http://frblog.de/f20230206)

### FR ERLEBEN

**Claus-Jürgen Göpfert** moderiert die Podiumsdiskussion „Industrie- und Arbeitsplätze in Frankfurt erhalten“ mit Stephanie Wüst (Dezernentin für Wirtschaft, Recht, Reformen der Stadt Frankfurt, FDP), Michael Ehrhardt (1. Bevollmächtigter IG Metall Frankfurt) und Christian Schipniewski (Betriebsratsvorsitzender Binding-Brauerei).  
**Dienstag, 7. Februar, 18 Uhr**  
**DGB, Wilh.-Leuschner-Straße 69-77, Frankfurt**

**Claus-Jürgen Göpfert** spricht mit der Schriftstellerin Sybille Ruge über ihren Roman „Davenport 160x90“.  
**Donnerstag, 9. Februar, 19.30 Uhr,**  
**Buchhandlung Weltenleser, Oeder Weg 40, Frankfurt**

**Lutz „Bronski“ Büge** liest aus seinem neuen Roman „Noah schläft - Die Rückkehr der Arche“, der auf der Leipziger Buchmesse vorgestellt wird.  
**Freitag, 28. April 13 Uhr**  
**Samstag, 29. April, 13.30 Uhr**  
**Sonntag, 30. April, 13 Uhr**  
**Leipziger Buchmesse**

## Kein Platz für Antisemitismus

Zu: „Gegen Auftritt von Roger Waters“ und „Anna Netrebko soll nicht singen“, FR-Region vom 24. und 25. Januar

### Eine klare Botschaft Richtung Bühne

Es ist in der Tat erforderlich, sich mit den Gesten und Äußerungen von Waters gegenüber dem Staat Israel und möglichem Antisemitismus auseinanderzusetzen. Als Deutsche sollten wir im Zweifel hier eine klare und eindeutige Linie ziehen. Jedem Versuch, die Verbrechen der Nazis zu relativieren, muss energisch und glaubhaft entgegen getreten werden. Nicht wir, sondern die Opfer und ihren Nachfahren entscheiden, wo die Grenze der Meinungsfreiheit und die Freiheit der Kunst überschritten wird.

Man bekommt hier aber leider ein leichtes Katar-WM-Déjà-vu: Zu spät und ausgerechnet im politischen Wahlkampf der Provinz fällt auf, was ansonsten höchstwahrscheinlich niemand aufgefällt wäre. Die Waters-Plakate hängen seit Monaten in der Stadt, und erst als andere Köpfe plakatiert werden, fällt auf: Hier stimmt was nicht.

Es wäre toll, wenn die Fans am Ereignis – in der Halle (nach dem Motto: Is there anybody out there?) – eine klare Botschaft Richtung Bühne schicken würden: Lieber Roger, wir lieben deine Musik, wir finden deine gesellschaftskritischen Botschaften großartig, aber du bist Gast in einem Land, wo großes Leid und schlimmste Menschenrechtsverletzungen gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern verübt wurden, und deshalb ist hier kein Millimeter Platz für Antisemitismus.

Reinhold Richter, Frankfurt

### Die Kritik richtet sich gegen die israelische Politik

Da ist sie wieder, die altbewährte und bekannte Stimme von Uwe Becker und auch anderen – nicht nur in Frankfurt. Er unternimmt seit Jahren alles Erdenkliche, um die bis heute stattfindende ethnische Säuberung Palästinas mit ihren Denk- und

Verhaltensweisen gutzuheißen. Kein Wort über die menschenrechtlich engagierten jüdischen Organisationen innerhalb und außerhalb Israels, in Deutschland und weltweit. Kein Wort über die Verstöße der israelischen Regierungen gegen das Völkerrecht und die Beschlüsse der Vereinten Nationen, des EU-Parlamentes und des Bundestages. Kein Wort zu den ethnisch diskriminierenden unterschiedlichen Rechtssystemen und dem unterschiedlichen Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheitswesen für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Kein Kommentar zu der De-facto-Annexion des Westjordanlandes und der Abriegelung des Gaza Streifens. Kein Wort über die neue Regierung, an deren Spitze drei kriminelle Politiker stehen. Der vierte wurde soeben durch einen Beschluss des Obersten Gerichtshofs mit zehn zu einer Stimme aus dem Amt als Innenminister entfernt.

Es muss erlaubt sein, die nach EU-Recht nicht korrekt kenntlich gemachten Produkte der Siedler nicht zu kaufen und darauf hinzuweisen, dass sie auf enteignetem Boden gewachsen sind. Es muss erlaubt sein, über alle Gesetze und Praktiken zu informieren. Es muss erlaubt sein, als Ärztin dem hippokratischen Eid zu folgen und alle zu behandeln – und nicht, wie in Israel vorgesehen, wegen des „subjektiven Gefühls des Unwohlseins“ auch eine Behandlung ablehnen zu dürfen.

Roger Waters nennt nicht antisemitische Narrative. Er folgt nicht einer parteilichen Haltung, die die Augen vor der Realität verschließt. Nicht nur seine, sondern auch meine Kritik ist israelbezogen. Schließlich findet dieses alles in Israel statt und nicht in der Antarktis. Auch in der Tradition meiner (jüdischen und christlichen) Vorfahren unterstütze ich das Eintreten für das gleichberechtigte Leben Aller.

Wäre diese von allen israelischen Regierungen betriebene

Politik semitisch, dann, nur dann, wäre ich auch antisemitisch. Aber zum Glück beinhalten die Grundwerte aller Religionen neben fundamentalistischen Äußerungen immer auch das Eintreten für die Menschenrechte. Eva Renate Marx-Mollière, Mainz

### Nicht mehr länger hinnehmbar

Lieber Genosse Josef, mir reicht's! Dein Engagement für die Absage des geplanten Konzertes von Roger Waters, Dein Einknicken vor der immer aggressiver auftretenden, mit dem unberechtigten Vorwurf des Antisemitismus hantierenden Israel-Lobby um Uwe Becker, Sasha Stawski, Josef Schuster, Volker Beck und anderen ist für mich nicht mehr hinnehmbar.

Ich hatte mich als Sozialdemokrat (Eintritt 1967!) intensiv dafür eingesetzt, dass Du neuer OB Frankfurts wirst. Das ist jetzt vorbei. Ich hoffe, dass die Stadt Frankfurt, die die Messe GmbH dazu zwingen will, geltendes Recht zu brechen, angeklagt und zur Rücknahme der Kündigung des Mietvertrags gezwungen wird. Diese Klage werde ich finanziell unterstützen, denn es geht nicht an, dass einige Wenige vermeintlich „moralischen“ Druck ausüben, um ihre politische Agenda durchzusetzen, nämlich unter dem Deckmantel des (notwendigen!) Kampfes gegen Antisemitismus Kritik an der völkerrechtswidrigen Politik des Staates Israel zu diskreditieren und mundtot zu machen.

Björn Luley, Frankfurt

### Die Politik verspielt ihre Glaubwürdigkeit

Jetzt ist aber mal Schluss mit Verboten! Ich als mündiger Bürger will entscheiden, welchen Künstler ich mir anhören bzw. anschauen will. Verbote hatten wir genug in unserer Geschichte! Die jetzige Politik hat ihre Glaubwürdigkeit verspielt. Siehe Lützerath. Kurt Wick, Frankfurt

## Verbale Luftnummern sind nicht hilfreich

OB-Wahl in Frankfurt: „Wer kann Klima?“ und „In der kalten Phase“, FR-Region vom 28. und 30. Januar

Die Kandidaten für die Wahl des Frankfurter Oberbürgermeisters überbieten sich mit Versprechungen. Meistens mit Allgemeinplätzen, selten konkret. Glaubwürdig ist das eher nicht. Zumindest nicht, wenn man einen Blick in die Hessische Gemeindeordnung wirft. Danach sind Verantwortung und Zuständigkeiten der Stadtoberhäupter in Hessen – im Gegensatz in anderen Bundesländern – äußerst begrenzt. In Frankfurt ist der Oberbürgermeister nur „Gleicher unter Gleichen“. Die „Gleichen“ sind die hauptamtlichen Stadträte. Zusammen bilden sie den Magistrat. Mit dem Oberbürgermeister an der Spitze. Als Gremium ist der Magistrat das Vollzugsorgan für alle Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung. Als Einzelpersonen

sind die hauptamtlichen Stadträte innerhalb ihres „Dezernats“, nämlich ihres Geschäftsbereichs, eigenverantwortlich. Weisungen kann der Oberbürgermeister ihnen nicht erteilen.

Ohne Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung kann ein OB seine Ideen und Vorstellungen nicht verwirklichen. Schon gar nicht im Alleingang. Selbst im Magistrat, dem er vorsitzt, ist es nicht ausgemacht, dass er seine Versprechungen auch nur ansatzweise realisieren kann. Schließlich ist dieses Gremium mit Personen besetzt, die – zumindest zurzeit – in Frankfurt vier Parteien repräsentieren. Jede davon hat ihre eigenen Vorstellungen zu unterschiedlichsten Vorhaben und deren zeitlicher Umsetzung. Die Vier-Parteien-Koalition ist für die Realisierung persönlicher Versprechen eher nicht geeignet.

sind die hauptamtlichen Stadträte innerhalb ihres „Dezernats“, nämlich ihres Geschäftsbereichs, eigenverantwortlich. Weisungen kann der Oberbürgermeister ihnen nicht erteilen.

Die Kandidaten sollten sich deshalb gegenüber den Wählern ehrlich machen. Denn verbale Luftnummern sind für Wahlscheidungen wenig hilfreich. Jedenfalls dann nicht, wenn eine charismatische Persönlichkeit mit Erfahrung, Kompetenz und Überzeugungskraft gesucht wird. Der künftige Frankfurter OB muss in der Lage sein, alle politisch Verantwortlichen für seine Ideen und Vorhaben zu begeistern und mit allen Gremien vertrauensvoll zusammenarbeiten. Über Parteigrenzen hinweg. Nur dann kann es ihm gelingen, die fünftgrößte deutsche Stadt und bedeutende europäische Bankstadt zu inspirieren und souverän in eine erfolgreiche Zukunft zu führen. Claus Kopinski, Frankfurt